

Unitarismus in England — zum Element der gesellschaftlichen Reorganisation und der nationalen Einigung.

Der Glaubenskrieg

Die Beduinensämme an der Grenze des Irak und des kleinen Oasenlandes Kuwait wurden unruhig. Englische Truppen beruhigten sie mit Bomben. Die Empörung griff um sich, wurde zum Aufruhr. Die Weite der Wüste, das Gehen des Sandsturms, diese Bundesgenossen gewähren den Söhnen Arabiens Schutz und Deckung vor den übermächtigen Waffen des englischen Imperialismus...

An Englands Lebensadern

Die Lage ist für England keineswegs rosig. Arabien liegt zwischen den Erdölquellen des Irak und den Häfen Ostafrikas und des Roten Meeres. Arabien benachbart sind der Suezkanal und die Flottenstationen auf dem Wege nach Indien. Arabien steht jetzt in der Mitte zwischen dem Konflikt mit Ägypten und der Gärung in Indien...

Weltgeschichtliche Entscheidungen

Die Dinge sind im März. Bei jeder gewaltigen nationalen Kämpfe kennt man jedoch immer nur den Anfang, nicht das Ende. Die Entscheidung kann so hart sein, daß sich ganz Arabien vereint, und daß dort die englische Weltmacht ihren Einfluß verliert. In dieser lebenswichtigen Stelle des britischen Imperialismus zu treffen, heißt zugleich die Lebensadern der englischen Weltmacht zu bedrohen. Deshalb haben die Kämpfe weltgeschichtliche Bedeutung.

Der Harem im Auto

London, 7. März. (Eigenbericht.) Ibn Saud hat sein Hauptquartier, einschließlich Generalstab und Harem, in acht offenen Geschäften für den König und sein Gefolge, zwei Touristenwagen zu je 24 Sitzen für bewaffnete Begleitmannschaften und zwei Haremswagen untergebracht. Die Haremswagen, von denen die englische Presse Abbildungen veröffentlicht, sind völlig geschlossene, fensterlose Baumwollsalons auf festem Rahmen...

Berkehr und Reichstag

105. Sitzung, Mittwoch, 7. März, 14 Uhr. Der Reichstag brachte in seiner Mittwochssitzung die zweite Beratung des Haushalts des Reichswirtschaftsministeriums zu Ende. Aus den verschiedenen Reden, die noch gehalten wurden, ist die Forderung des bayerischen Volksparteierns hervorzuheben, daß die Beamten aus den Reichsumkreisen austreten sollen. Angenommen wurde u. a. eine sozialdemokratische Entschließung, die Reichsregierung zu ermahnen, alsbald in eine Prüfung der Geschäftskosten der eisenbahnführenden Industrie einzutreten und dem Reichstag darüber Bericht zu erstatten. Der Antrag für die Unterbindung der Verpachtung des Reichsbesitzes wurde dem Reichshauswirtschaftsausschuß überwiesen. Angenommen wurden die verschiedenen Entschließungen, die eine größere Verantwortlichkeit des Handwerks bei der Vergütung öffentlicher Arbeiten verlangen.

Reichsverkehrsministerium

Amn wurde in die zweite Beratung des Haushalts des Reichsverkehrsministeriums eingeleitet. Der deutsch-nationale Minister Roth eröffnete die Aussprache mit einer Vorlesung über die Aufgaben seines Ministeriums. Er hielt sich zunächst an sein Manuskript, dem man die entscheidende Mitarbeit der Ministerialräte allen deutlich anmerkte. Er betonte, daß für den Ausbau der Reichsverkehrsnetze nur gefürchte Mittel zur Verfügung stehen. Zwar werden die in Angriff genommenen Wasserstraßenbauten fortgeführt, aber für den Beginn neuer Arbeiten sind in diesem Reichshaushalt keine Mittel vorgesehen. Für die kräftige Fortsetzung der deutschen Luftfahrtpolitik setzte sich der Minister mit Nachdruck ein. Auch stellte er eine

wachsende Elektrifizierung der Eisenbahnen

in Aussicht. Die Ueberbrückung der Reichsbahn von 900 Millionen Mark werden in einem erheblichen Teile durch die Darlehensabgaben gedeckt. Der Verfassungsausschuß bei der Reichsbahn sei nun vollkommen in Ordnung. Der Sozialdemokrat Schumann stellte fest, daß durch die Uebernahme der Wasserstraßen auf das Reich manches gelöst sei. Einen erheblichen Teil seiner Rede nahm er

Forderungen für die Verbesserung der Arbeiter, der Angestellten und der Beamten bei der Reichsbahn

ein. Die Reichsbahngesellschaft verweigere den Arbeitern einen angemessenen Stundenlohn, und die für die Beamten durch abgeleitete Besoldungsformel bringe auch für zahlreiche Beamtenkategorien keine Besserung. Bei der Verantwortung und den Gefahren des Betriebes entlohnen. Schumann verlangte ferner großzügigen Ausbau der deutschen Straßen und erklärte, daß die Sozialdemokratie die weitere Entwicklung des Autovekehrs fördern werde, sobald diese nicht zuweilen, daß bei den noch unbefriedigten Forderungen für diesen Verkehrsmittel

Korruptionsverhütungen

ins zuweilen. Der deutsch-nationale Abg. Klönne verlangte, daß Bahnbau und Eisenbahnbetrieb in enger Verbindung

bleiben müßten. Es sei dahin zu streben, daß die Eisenbahnen möglichst bald an das Reich zurückgegeben werden. Diefelbe Forderung stellte der deutsche Volkspartei-Mitgliedmann auf, der dem Ministerium auch den Rat dafür aussprach, daß eine Erhöhung der Eisenbahnzölle verhindert werden sei.

Alle drei Redner des Tages beschäftigten sich mit der raschen Entwicklung des Autovekehrs und des Luftverkehrs. Sie forderten, daß die Reichsregierung sich von den Auswirkungen dieses Aufstieges nicht überlassen lasse, insbesondere würden die Eisenbahnen sowohl in den Großstädten wie auf dem Lande den Autovekehr in wenigen Jahren nicht mehr aufnehmen können. Bemerkenswert sind in diesem Zusammenhange Zahlen, die der deutsch-nationale Abg. Klönne anführte. Demnach kamen im Jahre 1914 in Deutschland auf 700 Personen ein Automobil, jetzt auf 87 Personen, in Frankreich und in England ist das Verhältnis 1:44, in den Vereinigten Staaten von Nordamerika dagegen nur 1:5. Nicht weniger als 87 v. O. der Weltproduktion an Automobilen entfällt auf Nordamerika. Nur 1,2 v. O. der Weltproduktion fällt auf Deutschland. Dafür sind in Deutschland die Automobile fünfmal so hoch mit Steuern befallen als in Nordamerika.

Donnerstag, 13 Uhr, Fortsetzung.

Die Klage des Ehepaars Jubloff

D. Berlin, 8. März. (Eigenber. Funkpruch.) Die 21. Zivilkammer des Landgerichts I Berlin hat in der Klage des Ehepaars Jubloff gegen den Verleger und Verfasser des Buches: „Der Dergenzroman der Prinzessin Viktoria von Schramburg-Wippe und Alexander Jubloff, eine Liebeslegende aus zwei Welten“, die Klage, soweit sie auf Unterlassung der Verbreitung des Buches gerichtet ist, abgewiesen, ebenso die Klage der Frau Jubloff auf Entfernung ihres Bildes. Dagegen sind die beiden Beklagten zur Unterlassung ihres Bildes verpflichtet, aus dem Buch zu entfernen. Das Gericht sagte, grundsätzlich sei es unzulässig, das Schicksal lebender Personen in Büchern zu schildern. Aber die Kläger verdienten um so weniger Schutz, als sie beide sehr verschiedenlich der Presse Informationen über ihr Leben erteilt hätten. Die Abweisung der Klage der Ehefrau Jubloff auf Entfernung ihres Bildes beruhe auf der Erwägung, daß sie, und zwar nur infolge ihrer Beziehungen zum Alexander von Battenberg und deren politischer Wirkung, eine Verurteilung des Zeitgeschichtlers, Dagegen könne Jubloff der Veröffentlichung seines Bildes widersprechen, da er keine Verantwortlichkeit der Zeitgeschichte sei.

Reaktionäre Krawalle in Pommern

Der „Stahlhelm“ mobilisiert gegen die Arbeiter

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Preussischen Landtag folgende Große Anfrage eingebracht, in der ungeheuerliche reaktionäre Krawalle aus Pommern berichtet werden:

In allen Teilen Pommerns, besonders in Vorpommern beunruhigen die Deutschnationalen den Landtag zu Demonstrationen gegen die preussische Regierung und die Reichsregierung. In Stralsund, Greifswald und anderen Orten wurden Forderungen an die Regierung gerichtet, die bezügl. Forderungen, vgn. Aufforderungen zur Feuerabgabe und Selbsthilfe einstellten. Die Arbeiter sind, wie in Stralsund, durch Verweigerung von Geldmitteln (4 bis 6 Mark pro Mann) bedroht worden, an diesen Demonstrationen teilzunehmen. In Demmin fand am Sonntagabend, dem 8. März, eine solche Demonstration statt, zu der man

teilweise die Arbeiter durch Einschüchterungsdrohungen gezwungen hatte.

Die ganze Bevölkerung des Ortes wurde dadurch provoziert und in harte Erregung versetzt. Wie zu einem Sturm riefen am Freitag des 8. März, um 2 1/2 Uhr, die Landkinder aus vier verschiedenen Straßen in geschloffenen Reihen zum Marktplatz vor, wo sich eine große Menge Requirierer einfand.

An der Spitze eines Zuges marschierten 50 bis 60 mit jäheren Stöcken bewaffnete Stahlhelmer, geführt von dem Stahlhelmsführer Friedr. Sch. der auch die Uniform des Stahlhelms trug. Unmittelbar hinter dem Stahlhelm marschierten im Zug der Bürgermeister Wänter der Stadt Demmin und neben ihm der Schulrat Köhler. Bei dem Entfesseln des Zuges verließen die Kommunisten Flugblätter. Das wurde zunächst den einzelnen Beamten der Polizei verweigert, dann aber von dem Polizeikommissar Köfel gestattet. Der Polizeikommissar Köfel ließ beim Anblick der bewaffneten Stahlhelmer eine starke Erregung. Der Kommandeur Köhler forderte Herrn Köfel auf, das Tragen der Eisenstücke auf Grund des Stadtvertrages zu verhindern. Köfel lehnte das mit den Worten ab, er lenne kein Stadtober.

Aus den Reihen der Anstehenden wurden bald Rufe laut, sich auch mit Stöcken zu bewaffnen. Köhler bestieg nun einen aus Rehrertrüben bestehenden Wagen. Er wurde sofort zusammen mit dem Landkinderführer Köhler vom Wagen gestoßen und mit Stöcken blutig geschlagen. Köhler selbst wurde im Gesicht von den Stahlhelmern ebenfalls schwer geschlagen.

Das war das Signal für die Stahlhelmer, auf die wechelse Menge einzumachen. Drei Arbeiter erlitten blutige Verletzungen; der Polizeikommissar Köfel, der einem Punkt der Revolber abtun wollte, wurde von den Stahlhelmern ebenfalls

zu Boden geschlagen und verletzt. Der Bürgermeister und der Polizeikommissar Köfel sahen diesen Dingen tatenlos zu.

Dem Vernehmen nach soll die Reichswehr bereits seit mittags 12 Uhr mit scharfer Munition in Alarmbereitschaft gewesen haben. Das rechtsstehende Demminer Tageblatt behauptet die Abwehr, die Reichswehr gegen die Arbeiter zu betreiben. Nach einem Bericht des Stralsunder Vorpommers vom 8. März, veranstaltete der Stahlhelm am 8. März wieder eine Demonstration, wobei dem Magistrat das Minimum gestellt wurde: sämtliche Polizeibeamte bis Mittags 6 Uhr, von der Stadterwaltung zu entlassen, anderfalls werde der Stahlhelm die Polizeigewalt und Ordnung in der Stadt übernehmen. Durch diese ungeheuerlichen Drohungen und Einschüchterungen des Stahlhelms ist die gesamte Bevölkerung in stärke Erregung versetzt worden.

Wir fragen: Ist die Staatsregierung bereit, eine sofortige Untersuchung vorzunehmen und die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen?

Diese Vorgänge sind so ungeheuerliche Landfriedensbrüche, daß eine strenge Bestrafung der schuldigen reaktionären Rangkids und der sämtlichen Behörden gefordert werden muß! Die bürgerliche Presse aber schweigt. Welch ein Geschrei würde sie veranstalten, wenn die Kommunisten irgendwo diesen Terror nachahmten!

Ueberrfälle auf Reichsbannerleute

Im Deutschen Reichstag hat der deutsch-nationale Abgeordnete Vernehl am Mittwoch den „Gesinnungslehren“ mit der parlamentarischen Haltung gesprochen. Da die Gesinnungslehren in Wirklichkeit liegen, zeigt folgender Bericht aus Zwickau:

Am Sonntag, nachmittags gegen 6 Uhr, passierten zwei Reichsbannerkameraden auf Fahrtrassen nach einer Versammlung der Ortsgruppe Reu-Stobingen die Chauffee Reu-Stobingen-Taschen. Auf dieser Chauffee wurden die beiden Kameraden von fünf Jungkämpfern überfallen. Ein Kamerad wurde durch Messerstiche in den Rücken verletzt. Ein sofort ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte. Ein Antrag auf dem Ueberfall hat nicht vorgelegen, da die beiden Reichsbannerkameraden friedlich die Chauffee entlang führten und über jeden Anlaß gewungen wurden, von ihnen Mägen zu steigen, worauf Rangkids sie sofort mit Messern bearbeiteten.

Dieser gemeine und feige Ueberfall ist das Ergebnis der Sache der Arbeiterbewegung des Preussischen Landtages. Die letzte Nummer froht von Gemeinheits gegen Reichsbannerleute und Sozialdemokraten. Die Ueberer sind Vernehl Brumel

Berschleiern der Waffenschiebungen

Nur formale „Untersuchung“, keine Investigation

T. Genf, 7. März. (Eigenber. Draht.) Die gemeinsame italienisch-ungarische Nachforschungsgewehrliche Untersuchung wird nicht vollendet aufgeführt, und Ungarn wird gewarnt, ohne daß ihm der Preis dabei noch gemacht wird. Das ergibt die Verhandlung der Angelegenheit am Mittwoch durch den Völkerbundrat. Chanderlain ist die Einleitung eines Dreierkomitees vor. Rumänien, als Vertreter der kleinen Entente, begünstigt sich mit einer völlig juristisch haltenden Erklärung, in der ausdrücklich betont wurde, daß die kleine Entente mit ihrem Schritt keine Unfreundlichkeit gegen Ungarn beabsichtigt habe.

Standa stellte zwei heikle Fragen, von denen Ungarn nur die erste, den Wunsch Brando, den Originalfrachtbrief zu erhalten, durch dessen Vorlage zufriedenstellend beantwortete. Dagegen erklärte sich Brando mit der Verantwortung der zweiten Frage, warum Ungarn nicht die Waggons sofort zur Nachprüfung des Völkerbundes referieren habe, nicht zufrieden, ohne auf weiteres zu bestehen. Der Ungar vermachte nur auf die Völkerbundkonvention hinzuweisen und darauf, daß die ungarische Regierung sofort, als sie sah, daß die Waggons Waffenteile enthielten, sich verpflichtet gefühlt hätte, diese laut dem Trianonvertrag zu zerstören. Als sich Staloja (Nikola) nach der Vorlage des in Verona ausgestellten Originalfrachtbriefes meldete, warzte also gespannt auf eine Verurteilung Italiens zu diesem nachwirkenden Anzeigen der Waffen. Aber der Italiener wünschte nur die Debatte Brando-Ungarn abzugeben und drang auf Vornahme der Kommissionwahl.

Die Kommission, aus dem finnlandischen, dem belandischen und dem schweizerischen Delegierten bestehend,

soll mit eventueller Zustimmung von Nachkommen aus dem Völkerbundrat die Völkerbundreferenten die ungarischen Dokumente prüfen und dem Rat am Sonntag vorbringen, wie sie sich die Erklärung der Angelegenheit denkt. Zwar dürfte auf Wunsch Brando, der auch von Deutschland getätigt wird, wahrscheinlich eine Nachprüfung in St. Gallen durchgeführt werden, doch kann schon jetzt jede Nachfrage in Verona, wo man sicher genau über den Vorkeller der Waffen Bescheid weiß, als ausgeschlossen gelten.

Waffenschiebung hat sich solche Reugier verbieten.

Die Nachprüfung wird in ähnlicher Weise wie die Entscheidungen an der polnisch-italienischen Grenze im vorigen Jahre, also keinesfalls als Investigation (Aufklärung), aufgezogen werden. Deutschland nahm in der öffentlichen Verhandlung nicht das Wort. In der vertraulichen Sitzung durfte es sich nur zu der prinzipiellen Frage, ob und wie der jeweilige Völkerbundpräsident in solchen Fällen eingreifen dürfe. Um der Verhandlung der Frage die Schärfe zu nehmen, gab der belandische Völkerbundpräsident eine Erklärung ab, in der er nachdrücklich erwiderte, daß Ungarn nur einen fremdenwärtigen Rat geben, aber keine Anweisung getroffen zu haben.

Für Wiederaufnahme Spaniens und Brasiliens

T. Genf, 7. März. (Eigenber. Draht.) In einer öffentlichen Nachmittagsitzung behandelte der Völkerbundrat die Frage intellektueller Zusammenarbeit und andere spezielle Dinge, so den Bericht der Konsumkommission und den Bericht Brando zu der Transaktionskonvention. Eine oberste Beschlusse wegen der Verweigerung einer höheren deutschen Schuld wurde bis zum Eintreffen des angeforderten Gutachtens des Haager Gerichtshofes vertagt. Für die Waffenschiebungen wurde ein japaner neugewählt und der Völkerbundrat autorisiert, sich für den Sieg der verurteilten Schwedin nach einer geeigneten Form aus den Nichtmandatmächten umzusetzen. Der Bericht der Generalsekretäre über die eventuelle Verminderung der Waffenschiebung soll allen Völkerbundmitgliedern zugänglich werden.

Aus den privaten Besprechungen der Völkerbundrat wird bekannt, daß die Wiederaufnahme Spaniens und Brasiliens in den Völkerbund eine große Rolle spielte und der Völkerbundrat wahrscheinlich den Generalsekretär beauftragt wird, den beiden Staaten durch ein Anerbieten die Aufnahme ihrer Kandidatur zu erleichtern. In der Optantenfrage ist man in eine völlig Sachfrage geraten.

Sechs Sicherheitsmodelle

T. Genf, 7. März. (Eigenber. Draht.) Die Sicherheitskommission hat ihre zweite Sitzung mit der Annahme von sechs Modellverträgen, die Resolutionen und einer Erklärung beendet. Diese Vorkläufe soll im Juni einer zweiten und dritten Sitzung unterzogen und dann mit den eventuellen Veränderungen der Völkerbundverammlung im September zur Annahme empfohlen werden. Auf deutscher Seite erklärt man sich mit dem Ergebnis zufrieden, weil die Verträge auf dem Prinzip von Locarno beruhen, sie dem deutschen Standpunkt

der überragenden Wichtigkeit der Kriegsvorsicherung

Rechnung tragen und in keiner Resolution der ursprüngliche verbindliche, teilweise auch der französische Standpunkt, daß die Sicherheit der Abriistung voranzugehen habe, ausgeprochen sei.

Alles in allem handelt es sich um ein Kompromiß, dessen Wert erst dann erkennbar wird, wenn die Modellverträge den Staaten vorliegen und es sich zeigt, wie viele Staaten bereit sind, ihnen beizutreten oder ihre alten Allianzverträge zugunsten der Vorkläufe aufzugeben.